

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlig. Bernsdorf, Müsdorf, St. Gauden, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Rabschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 97.

Sanpftinfektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang

Dienstag, den 29. April

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 3 Mk. durch die Post bezogen 42 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Strasse 6, in Postämtern Postboten, sowie die Kundenträger entgegen. — Inserate werden die fünfzehntägige Grundzeit mit 20, für auswärtsige Besteller mit 30 Pfg. berechnet. — Reflektierte 60 Pfg. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lichtenstein.

Veräuchterter Fischspeck. D. L. M. R., Abschn. 46, Nr. 896—928 bei Reinhold, Nr. 929—965 bei Weiß, Nr. 966—998 bei Köfchner, Nr. 999—1035 bei Frankenberger, Nr. 1036—1065 bei Mirus, Nr. 1066—1088 bei Madlo. 1/4 Pfd. 1.30 Mk.

Ab 1. Januar 1920 ist das Stadtpark-Restaurant nebst geräumiger Terrasse, Gondelteich — im Winter Eisbahn — und Insel mit Kolonnade zu verpachten.

Pachtgesuche sind bis zum 20. Mai dieses Jahres einzureichen beim Stadtrat zu Lichtenstein.

Bezirksverband.
R.-L.-Nr.: 2403. Co.

Die von den Landwirten des Bezirks beim Bezirksverband bestellten Saatweizen, Ackerbohnen und Erbsen sind eingetroffen und können

gegen Vorlegung entsprechender Saatkarte bei der Samenhandlung **W. Köfner, Glaucha**, Bahnhofstraße, bezogen werden. Die Gemeinden werden auf den Gebrauch der Sammelkarte hingewiesen.

Glaucha, am 26. April 1919.
Amtshauptmann **Frhr. v. Welck**.

Zur Bekämpfung des Fleckfiebers sind bis auf weiteres alle öffentlichen Herbergen und deren Schlafgäste regelmäßig auf Kleiderläufe zu untersuchen. Verlaufte Besucher sind alsbald zu entlausen. In allen öffentlichen Herbergen ist durch Anschlag auf die Gefahren der Verlausung und des Fleckfiebers hinzuweisen. Den Gesundheitspolizeibehörden wird die Durchführung und Ueberwachung dieser Maßregel besonders zur Pflicht gemacht.

Dresden, den 19. April 1919.

Ministerium des Innern.

Kurze wichtige Nachrichten

* Die Erregung gegen Wilson über die beabsichtigte Auslieferung Südtirols mit Bozen und Meran an Italien nimmt in Deutsch-Oesterreich zu.

* Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus Paris gemeldet, daß den Deutschen eine Frist von 14 Tagen zur Volksabstimmung über den Friedensentwurf zugestanden werden wird.

* Zur Ermittlung des Mörders Neurings sind 10000 Mark Belohnung ausgesetzt.

* Die Regierung gibt bekannt, daß keinerlei jüdisches Schiffsmaterial an die Tschechen verkauft worden ist.

* Ueber Hans Bayern hat die Regierung Hoffmann den Kriegszustand verhängt.

* In Bremen ist es neuerdings zu Schieberereien gekommen; außerordentliche Kriegsgerichte sind eingesetzt worden.

* Die internationale Sozialistenkonferenz wurde in Abwesenheit der deutschen Mehrheitssozialisten eröffnet und beschränkte sich zunächst auf die Prüfung des Programms.

* Die kriegsgerichtliche Hauptverhandlung gegen die an der Tötung des Dr. Karl Liebknecht und der Frau Rosa Luxemburg beteiligten Personen ist auf Donnerstag, den 9. Mai festgesetzt.

* Vor dem Landgericht Dresden begann am Freitag der Prozeß gegen einige Dresdner Kommunisten, vornehmlich gegen den Kommunistenführer und früheren Reichstagsabgeordneten Kühle.

* Eine Kommunistenversammlung in Duisburg hat, wie der „Vorwärts“ meldet, erneute Gewaltmaßnahmen beschlossen. Darauf wurden 13 der kommunistischen Führer festgenommen. Auch andere Meinungen deuten auf nahe bevorstehende Putzche hin. Ueber Duisburg-Beek ist der Belagerungszustand verhängt worden. — In Düsseldorf sind die städtischen Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten.

* Die Generaldirektion der Vereinigten Königs- und Laurahütte hat nach einer Meldung aus Katowitz den Arbeiter- und Beamten-Ausschüssen eine Mitteilung zugestellt, wonach sie die Schließung der Betriebe bis zum 30. d. M. vorbereiten sollen.

* Der seit dem 13. April als Oberbefehlshaber für das Gebiet des Freistaates Sachsen bestellte Landtagsabgeordnete Kirchhoff-Dresden ist am Sonntag zum Minister für Militärwesen berufen worden.

Worte zur rechten Zeit!

Am Sonntag fand in Berlin auf Veranlassung des Reichsverbandes Ostschub eine Protestkundgebung gegen die Verstärkung Deutschlands statt.

Als erster Redner sprach der preussische Minister des Innern Heine. Er betonte nachdrücklich, daß wir nur einen Frieden auf uns nehmen können, der vom freien Willen des Volkes gutgeheißen werde. Wenn die Feinde die Absicht haben, uns einen

tatfrieden vorzusetzen, so hätte statt einer großen Friedensdelegation, wie sie jetzt nach Versailles reist, ein Feldjäger zur Abholung genügt. Nicht nur die feindlichen Staatsmänner, sondern auch die Massen der Völker, an die wir appellieren, überhören die Stimme der Gerechtigkeit. Niemals darf die Welt vergessen, daß wir den Waffenstillstand auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons abgeschlossen haben. Ihren wichtigsten Punkt das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist. Völkerverbund und Friede werden unmöglich, wenn wir vergewaltigt werden. Deshalb protestieren wir gegen die Abtretung deutscher Gebiete. Im Osten sei die Grenze dort zu ziehen, wo deutsche Kultur und deutsche Arbeit den Ausschlag geben. Die Franzosen sollten wissen, daß wir auch dann nicht schwach sind, wenn wir jetzt nicht kämpfen.

Wir würden unsere Kräfte zusammenraffen und nicht eher ruhen, bis das große Unrecht wieder gutgemacht ist das man uns jetzt aufzwingen will, und ein Volk, das für seine nationale Ehre und Existenz schaff, ist unüberwindlich.

In der Zeit, in der uns der äußere Feind bedroht, müssen vor allem alle inneren Kräfte zusammengeschlossen werden. Wer das deutsche Volk hindert, die künftige Entschlossenheit zu bestellen, wer die Arbeiter, die Bergwerke und die Industrie lahmlegt und frivole Ereignisse hervorruft, der zerstört das deutsche Volk. Wer verlangt, daß der Grenzschutz aufgelöst werde, begeht Landesverrat. Es gibt jetzt nur ein großes deutsches Interesse: dafür zu sorgen, daß uns Freiheit, Einheit und nationale Unversehrtheit erhalten bleiben.

Nach dem Minister wies der Abgeordnete Pafford unter anderem darauf hin, daß die Schuldfrage auch von einem Staatsgerichtshof juristisch nicht entschieden werden könne. Nur die Weltgeschichte werde das Urteil fällen.

Dann wandte sich auch der Abgeordnete Dr. Pfeiffer gegen eine Vergewaltigung Deutschlands und forderte vor allem die Herausgabe der Befreiungen und der Kolonien, an denen deutsches Blut und deutsche Arbeit haften. Komme der Weltfrieden, so werde auch die Stunde kommen, wo wir uns zurückholen, was man uns jetzt rauben will. Das sei keine Kriegsbegeisterung, sondern Notwehr. Denn wenn Deutschland zerschmettert werde, so ist die Bahn frei für die Weltrevolution. Wenn uns der 10. Mai vielleicht den Gewaltfrieden aufzwingt, nur weil am 10. Mai 1871 der Frankfurter Friede geschlossen wurde, dann muß ein Bündnis aller Deutschen abgeschlossen werden, die sich zusammenfinden im Vertrauen auf deutsche Kraft.

Nachdem noch der Abgeordnete Weinhäuser im Namen Westpreußens gegen einen ungerechten Frieden Stellung genommen hatte, wurde einstimmig eine Entschliessung gefaßt, in der der Wille des deutschen Volkes nach einem gerechten Frieden im Sinne des Völkerverbundes ausgedrückt wurde.

Generallstreik in Oberschlesien.

Breslau, 27. April. In Gleiwitz ist heute nachmittag der Generallstreik proklamiert worden. Die Arbeiter in den großen Elektrizitätswerken haben sich dem Generallstreik angeschlossen, so daß der größte Teil des Industriebezirks ohne Licht und ohne Kraft ist. Die Oberschlesische Straßenbahn, die den ganzen Industriebezirk durchquert, mußte den Betrieb einstellen. Die Gleiwitzer Hütten feiern ebenfalls. In den späten Nachmittagsstunden haben sich die Eisenbahner dem Streik angeschlossen, so daß der Güterverkehr ruht. Der Personenverkehr wird noch notdürftig aufrechterhalten. Die Forderungen der Streikenden sind außer Bezahlung der Streikschichten rein politischen Charakters und betreffen sofortige Entfernung des Grenzschutzes, Aufhebung des Belagerungszustandes, Auflösung der Freiwilligenkorps, Bereitstellung der Kasernen zu Wohnungen und Freigabe der staatlich benutzten Wohnräume zu Wohnzwecken. Die weitere Ausdehnung des Streiks wird befürchtet. Zurzeit ist eine Streikleitung, mit der verhandelt werden könnte, noch nicht vorhanden. Ob der gesamte Güterverkehr von Oberschlesien einschließlich des Kohlenverkehrs eingestellt werden muß, wird sich in kurzer Zeit entscheiden.

Deutsches Reich.

Berlin. (Die Friedensdelegation.) Die Liste der Mitglieder der voraussichtlich am 27. und 28. April von Berlin nach Versailles abreisenden deutschen Friedensdelegation ist nunmehr fertiggestellt und der französischen Regierung notifiziert worden. Die Abreise der deutschen Friedensdelegation wird in drei Teilen erfolgen. Ein Vorzug wird die höheren Verwaltungsbeamten, die Pressesekretäre und das Bureaupersonal aufnehmen. Am Montag gehen zwei weiterezüge nach Versailles, mit dem ersten reisen die deutschen Hauptdelegierten, mit dem zweiten die übrigen Delegierten.

(Kriegsbeschädigte und Reichsregierung.) Zwischen der Regierung und den großen Verbänden der Kriegsbeschädigten hat am 25. April unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Besprechung stattgefunden. Den Vertretern der Kriegsbeschädigten konnte mitgeteilt werden, daß die geforderten Maßnahmen zum größten Teil schon begonnen sind oder in nächster Zeit begonnen werden. Auch hinsichtlich der sofortigen Hilfe konnte die Regierung zusagen, daß man dem Recht der Forderungen gerecht zu werden versuche. Es wurde ein weitgehendes Einverständnis in der Besprechung erzielt. Eine ausführliche Antwort auf die Forderungen der Beschädigten ist am Sonntag übermittelt worden.

(Der Friedensantrag der französischen Sozialisten.) Der vom Pariser Sozialistenkongreß mit großer Mehrheit angenommene Antrag Faure ent-